

R2b: Ungleichheit im Studium bekämpfen: Student*innengehalt jetzt!

Gegenresolution Zuhanden der Delegiertenversammlung der JUSO Schweiz am 11. November 2023 in Luzern

*Verfasser*innen: Geschäftsleitung JUSO Schweiz*

Im tertiären Bildungsbereich (höhere Berufsbildung) gibt es zahlreiche Ungleichheiten. Die Ungleichheiten beginnen bereits beim Zugang zum gewählten Bildungsweg: 47,6% der Student*innen an Hochschulen haben mindestens ein Elternteil, der in seinem Leben einen Hochschulabschluss gemacht haben. An der Universität liegt diese Zahl sogar bei 55,6%! Im Vergleich: 23% der Schweizer Bevölkerung verfügen über einen Abschluss auf Tertiärstufe.

Ebenfalls gibt es an den Hochschulen, also während der Ausbildung, weitere Ungleichheiten. Nur ein Viertel der Student*innen haben die Möglichkeit, sich ausschliesslich auf ihr Studium zu konzentrieren: 73% der Student*innen müssen neben dem Studium einer Lohnarbeit nachgehen, 23% davon sogar zu mehr als 40 Stellenprozenten. Diese Jobs werden nicht einfach nur aus Spass oder Interesse ausgeübt: Neben dem Studium zu arbeiten ist für die meisten Student*innen heute eine finanzielle Notwendigkeit, um sich das Leben leisten zu können! Im Durchschnitt stammen 39% ihrer finanziellen Ressourcen aus dem Verdienst ihrer Nebenjobs. Dies führt zu erheblichen Ungleichheiten bei der Möglichkeit, sich auf das Studium zu konzentrieren und sich im gewählten Studium zu entfalten.

In Zeiten, in denen die Lebenshaltungskosten explodieren, wird die prekäre Lage der Student*innen zu einem immer grösseren Problem. Es besteht also dringender Handlungsbedarf. Nicht nur um eine Prekarisierung der Student*innen zu verhindern, sondern auch um Ungleichheiten zwischen und innerhalb der Hochschulen zu bekämpfen und die Situation aller Student*innen grundlegend zu verbessern.

Wie bei der gesamten Bevölkerung sind die hohen Mieten und steigenden Krankenkassenprämien besonders schmerzhaft - vor allem auch für Student*innen. Deshalb fordern wir:

- Die Einführung einer einheitlichen und öffentlichen Krankenkasse.
- Einkommensabhängige Prämien
- Kostenorientierte Mieten
- Eine systematische Kontrolle der Mieten durch den Staat.

Auch Student*innen werden mit Kosten konfrontiert, die sie in ihrer Ausbildung besonders treffen, wie z.B. die Kosten für das Essen in den Hochschulcafeterien oder die Semestergebühren. Verschiedene Hochschulen versuchen ständig, Letztere zu erhöhen. Das jüngste Beispiel hierfür ist die Universität Neuchâtel, die die Gebühren für Schweizer Student*innen von 425 CHF auf 720 CHF pro Semester erhöhen wollte und für Studis aus dem Ausland sogar auf 870 CHF. Dank einer starken Mobilisierung konnte diese Erhöhung verhindert werden. Andere Universitäten, wie z.B. die Universität Fribourg, sehen Anmelde-Gebühren für Prüfungen vor, was das Studium noch teurer macht. Aus diesem Grund fordern wir:

- Die Abschaffung der Studiengebühren und der Anmeldegebühren für Prüfungen.
- Ein Essen für 3 CHF in allen Cafeterien der Universitäten und Hochschulen.

Über diese unmittelbaren Massnahmen zur Bekämpfung der Lebenshaltungs- und Studiengebühren hinaus ist es notwendig, ein Hochschulstudium für alle Personen, die das wollen, zugänglich zu machen. Heute soll das Stipendiensystem diese Rolle erfüllen. Allerdings sind die Stipendien manchmal nicht ausreichend dotiert und erfordern einen riesigen Verwaltungsaufwand, was sie für viele Menschen unzugänglich macht. Zusätzlich ist es wichtig, den Begriff Arbeit ausserhalb des Rahmens der abhängigen oder selbstständigen Erwerbstätigkeit neu zu definieren. Alle Menschen, so auch Student*innen, tragen auf vielfältige Weise zum Funktionieren der Gesellschaft und zur Befriedigung sozialer Bedürfnisse bei und haben daher das Recht, dafür entlohnt zu werden. Um die Ungleichheiten beim Zugang zum Studium und innerhalb des Studiums zu bekämpfen und den Beitrag jeder einzelnen Person zum Funktionieren der Gesellschaft anzuerkennen, fordern wir die Einführung eines Student*innengehalts von 4000 CHF pro Monat. Dieser Lohn würde bedingungslos von allen volljährigen Personen in Ausbildung bezogen werden. Um seine sozial gerechte Dimension zu gewährleisten, würde er durch eine Bundessteuer auf das Vermögen der Superreichen finanziert werden.

Gemeinsam bekämpfen wir die Ungleichheit im Bildungswesen und ermöglichen es allen, unter den besten Bedingungen zu studieren!

Stellungnahme der JUSO Schweiz: annehmen